

Protokoll der Jahresversammlung vom 26. April 2021

Traktandenliste

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll vom 15.2.2021
3. Jahresbericht des Präsidenten
4. Jahresrechnung 2020 und Revisorenbericht
5. Festsetzung der Jahresbeiträge 2021
6. Budget 2021
7. Abstimmungen vom 13. Juni 2021
 - ▶ Trinkwasser-Initiative
 - ▶ Pestizid-Initiative
 - ▶ Covid-19-Gesetz
 - ▶ CO₂-Gesetz
 - ▶ Terrorismus-Gesetz
8. Verschiedenes und Umfrage

Anwesende Mitglieder (35, teilweise offline):

Kurt Egger, Barbara Imholz, Erika Hanhart, Franz Portmann, Beni Braun, Toni Kappeler, Didi Feuerle, Peter Dransfeld, Simone Reinhart, Sandra Reinhart, Tobias Egloff, Philipp Chalakatevakis, Walter Kehl, Walter Lang, Brigitta Hartmann, Karin Bétrisey, Klemens Bont, Gisela Schreiber, Raphael Zingg, Matthis Müller, Cornelia Hauser, Isabelle Vonlanthen, Simon Weilenmann, Gaby Zimmermann, Peter Heri, Gisela Schreiber, Klemens Bont, Heidi Bieri, Cornelia Wetzler, Ueli Keller, Peter Heri, Brigitta Engeli, Andreas Schmidt, Gina Rüetschi, Sibylle Stör,

Entschuldigt:

Jost Rüegg, Seraina Linsel, Heidi Heine, Simon Vogel, Heidi Heine, Ann-Marie Zweifel, Urs Hanhart, Martin v Siebenthal

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler

Kurt Egger begrüsst die anwesenden Mitglieder online im Zoom-Meeting.

Die Abstimmungen werden mit einem Tool von Zoom erfasst, Stimmenzähler*innen sind nicht notwendig. (der Host, also Kurt, kann leider nicht abstimmen, daher fehlt seine Stimme bei den Ergebnissen)

2. Protokoll vom 15.2.2021

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 15.2.2021 wird ohne Änderungen **einstimmig angenommen**.

3. Jahresbericht des Präsidenten

Kurt gibt einen kurzen Überblick über die Zahlen und Fakten der Grünen im Jahr 2020. Wir konnten die Mitgliederzahlen erhöhen und hatten bei den Kantonsratswahlen im März ein sensationelles Ergebnis. Die Zahl der Sitze wurde von 10 auf 15 erhöht, wir konnten in allen Bezirken zulegen. Auch Karin Bétrisey hat bei den Regierungsratswahlen ein sehr gutes Resultat erzielt.

4. Jahresrechnung 2020 und Revisorenbericht

Die Rechnung wurde mit der Einladung verschickt und von Kurt noch online erklärt. Der Revisorenbericht liegt vor und wird von Kurt verlesen, da die beiden Revisoren heute leider verhindert sind.

Es gibt keine Änderungsanträge und die Rechnung 2020 wird **einstimmig angenommen**.

5. Festsetzung der Jahresbeiträge 2021

Die Jahresbeiträge bleiben wie bisher, 200.- bzw. 100.- für Wenigverdienende. Die Jungen Grünen sind automatisch Mitglied der Grünen Thurgau, zahlen aber den Mitgliederbeitrag bei den Jungen Grünen. Von den Jahresbeiträgen gehen jeweils 50.- (20.-) an die Grünen Schweiz und 20.- (10.-) an die Bezirke. Neu bekommen auch die Ortsparteien und die Städte mit eigenem Parlament 20.- (10.-) pro Mitglied.

Die Mandatsabgaben sind in den Statuten definiert, müssen aber demnächst noch präzisiert werden. Von den Mandatsabgaben gehen 30% an die Bezirke und 30% an die Ortsparteien und die Städte mit eigenem Parlament. Der Kanton erhält 40% und die Mandatsabgabe für nationale Mandate.

Die Höhe der Jahresbeiträge und die Erstattung an die Bezirke und Ortsparteien wird **einstimmig angenommen**.

6. Budget 2021

Das Budget wurde in der Beilage verschickt und orientiert sich im Wesentlichen am Vorjahresbudget. Es gibt keine Änderungsanträge und das Budget wird **einstimmig verabschiedet**.

7. Abstimmungen vom 13. Juni 2021

► Trinkwasser-Initiative

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz», Informationen von Simon Weilenmann, Kantonsrat

Die Initiative verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, in ihrer Tierhaltung ohne prophylaktischen Antibiotika-Einsatz auskommen und nur so viele Tiere halten, wie sie mit eigenem Futtermittel ernähren können. Dadurch sollen unbedenkliche Pflanzenschutzmassnahmen gefördert werden.

Die Initiative kommt zusammen mit der «Pestizid-Initiative» zur Abstimmung. Weil die dringenden Agrarreformen in der nationalen Politik blockiert sind, können nur die Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen den Wandel beschleunigen. Das Parlament hat einen «informellen» Gegenvorschlag zur Reduktion der Pestizid-Risiken ausgearbeitet. Dieser ist aber ungenügend, weil er lediglich die Risiken vermindern will, ohne aber Verbindlichkeit zu schaffen. Was es braucht ist eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus dem Pestizideinsatz. Zudem fehlen konkrete Reduktionsziele beim Einsatz von Dünger. Die Nährstoffüberschüsse (Gülle, Kunstdünger) führen heute – wie auch die Pestizide – zu einer enormen Belastung des Trinkwassers und schwächen die Biodiversität.

Diskussion:

Auf die Frage, warum die Biobauern eigentlich dagegen sind kristallisiert sich folgendes Problem heraus: *"...einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann..."*

Das ist vielen, vor allem Hühnerzüchtern, nicht möglich. Sie müssen Futter zukaufen. Kurt meint, das sei eine "Kann-Formulierung" und ein Einkauf bei Schweizer Betrieben sollte kein grösseres Problem sein.

Christoph Meili stört sich daran, dass wieder einmal alle Schuld auf die Bauern geschoben werde, sie seien immer die Dubel. Die Initianten hätten sich zu wenig mit der Materie beschäftigt. Die grossen Betriebe im Mittelland würden dann halt auf wenige Direktzahlungen verzichten und Vollgas produzieren.

Karin Bétrisey sagt, dass bereits ein Viertel der Thurgauer Gemeinden ihr Trinkwasser verdünnen muss um die Grenzwerte einzuhalten. Wir haben also auch hier im TG ein massives Problem.

Andreas Schmid: Alena (seine Tochter) war an diesen Untersuchungen beteiligt. Die Schweizer Landwirtschaft sei zu tierlastig. Ein Ausweg seien weniger Tiere und Fleischkonsum. Mehr Importe können nicht die Lösung sein. Er ist für ein Ja.

Abstimmungsergebnis: 25 JA, 2 NEIN, 2 Enthaltungen

► Pestizid-Initiative

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», Informationen von Simone Reinhart, Umweltingenieurin

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie in der Boden- und Landschaftspflege verboten und mit unbedenklichen Pflanzenschutzmassnahmen ersetzt wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll untersagt werden. Dies schafft faire Spielregeln für die Schweizer Landwirtschaft. Die Initiative sieht eine Frist von 10 Jahren zur Umsetzung vor, was die nötige Zeit für eine soziale Transformation garantiert.

Die Initiative kommt zusammen mit der «Trinkwasser-Initiative» zur Abstimmung. Weil die dringenden Agrarreformen in der nationalen Politik blockiert sind, können nur die Pestizid- und die Trinkwasser-Initiative den Wandel beschleunigen. Das Parlament hat einen «informellen» Gegenvorschlag zur Reduktion der Pestizid-Risiken ausgearbeitet. Dieser ist aber ungenügend, weil er lediglich die Risiken reduzieren will, ohne aber Verbindlichkeit zu schaffen. Was es jedoch braucht ist eine bindende Ausstiegsstrategie.

Toni war ursprünglich gegen diese Initiative. Nachdem der Bauernverband aber jegliche Zusammenarbeit verweigert hat und auch ein Gegenvorschlag keine Chance hatte, votiert er nun dafür.

Abstimmungsergebnis: 29 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen

► Covid-19-Gesetz

Referendum Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie, Informationen von Isabelle Vonlanthen und Brigitta Engeli. Kantonsrätinnen

Im Frühjahr 2020 hat der Bundesrat schnellstmöglich mittels (zeitlich befristeten) Verordnungen – und weitgehend ohne Einbezug des Parlaments – auf die Corona-Pandemie reagiert. Der Bundesrat hat sich dabei hauptsächlich auf das Epidemien-gesetz abgestützt, welches ihm in epidemiologischen Notlagen insbesondere im Bereich des Gesundheitsschutzes weitreichende Kompetenzen zuweist. Das Epidemien-gesetz wurde in einer Referendumsabstimmung 2013 von der Stimmbevölkerung deutlich angenommen.

Mit dem Covid-19-Gesetz, welches in der Herbstsession 2020 von National- und Ständerat verabschiedet worden ist, wurde nun eine Grundlage für die weiter andauernde Bewältigung der Covid-19-Pandemie geschaffen. Das Gesetz regelt und präzisiert die

Befugnisse des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie. Es bildet damit die Basis für die Fortführung verschiedener epidemiologischer Massnahmen sowie insbesondere für die wirtschaftliche Unterstützung von Arbeitnehmer*innen, Unternehmen oder Kulturschaffenden.

Diskussion:

Isabelle, die in der Corona-Kommission des TG Einsitz hat, votiert für ein Ja. Es dient dazu, die Kompetenzen in der aktuellen Pandemie zu regeln und einfache, schnelle Hilfe möglich zu machen.

Brigitta hat bei einigen Artikeln des Gesetzes Bedenken. Ihrer Meinung nach sollten die Spitäler selbst über Öffnung oder Schliessung der anderen Abteilungen entscheiden können. Aber sollten teilweise Privatwirtschaftliche Institutionen selbst über dieses Risiko befinden dürfen (Wirtschaftlichkeit vs. Risiko)?

Die Tests kosten Unsummen und die Aussagekraft sei fraglich.

Als wichtiger Punkt scheint Brigitta noch die Ausstellung eines (digitalen) Impfausweises und die damit allenfalls verbundenen Privilegien für Geimpfte. Es soll keine Quarantäne mehr für geimpfte oder genesene Personen geben. So würden diese bevorzugt und es gebe dadurch eben doch einen Impfzwang.

Barbara freut sich auf den Impfpass, der hoffentlich bald vielen Leuten wieder ein halbwegs normales Sozialleben ermöglicht.

Erika findet auch Reisemöglichkeiten wichtig, es gehe ihr nicht um Fernreisen, innerhalb Europas kann man sich dann aber auch wieder frei bewegen. Was welcher Staat beim Grenzübertritt verlangt, liege eh! nicht in Schweizer Kompetenz.

Brigitta: Die Medien würden nur über die offiziellen Corona-Szenarien berichten, würden staatlich subventioniert und gegenteilige Meinungen würden unterdrückt.

Abstimmungsergebnis: 25 JA, 4 NEIN, 0 Enthaltungen

► CO₂-Gesetz

Referendum Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen, Informationen von Sandra Reinhart, Kantonsrätin

Das neue Gesetz legt erstmals gesetzlich fest, dass die globale Erwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen ist. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 halbieren, wobei drei Viertel dieser Reduktion im Inland erfolgen soll.

Nebst der Verschärfung der Massnahmen in den Bereichen Gebäude und Fahrzeuge deckt das neue Gesetz zum ersten Mal alle Bereiche ab, die für den Treibhausgasausstoss in der Schweiz verantwortlich sind: Neu werden Massnahmen in den Bereichen Luftverkehr und Finanzplatz definiert. Diese fehlten bis anhin und das war ein grosses Defizit der Schweizer Klimapolitik. Auch für die Landwirtschaft gelten Klimaziele, die aber im Rahmen der Agrarpolitik erreicht werden sollen.

Würde das CO₂-Gesetz per Referendum abgelehnt, müssen jegliche grundlegende Massnahmen wieder hart erkämpft werden. Es gibt keine Garantie, dass ein neues Gesetz besser sein wird, ganz im Gegenteil. Das Referendum wird von der SVP und der Erdöllobby angeführt, deren Ziel nicht mehr, sondern viel weniger Klimaschutz ist.

Eine Diskussion wird nicht gewünscht, keine weiteren Fragen.

Abstimmungsergebnis: 29 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen

► Terrorismus-Gesetz

Referendum Bundesgesetz vom 25. September 2020 über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, Informationen von Raphael Zingg

Die Jungen Grünen haben mit der Jungen GLP, der JUSO, der Piratenpartei und dem Chaos Computer Club Schweiz das Referendum gegen das neue Terrorismusgesetz ergriffen. Dieses Gesetz verstösst gegen Menschenrechte! Menschen können nur auf Verdacht mit Kontaktverbote, Hausarreste oder Ausreiseverbote bestraft werden oder elektronisch überwacht werden. Und das alles kann die Polizei eigenständig entscheiden, ohne eine gerichtliche Überprüfung zu haben. Das ist ein eklatanter Verstoss gegen die europäische Menschenrechtskonvention. Ausserdem können Kinder ab 12, beim Hausarrest resp. 15 Jahren auch von diesen Massnahmen getroffen werden. Das verstösst gegen die UNO-Kinderschutzkonvention!

Ein weiteres Argument gegen dieses Gesetz ist die Vorbildfunktion der Schweiz. Andere, auch totalitäre Staaten, könnten die Schweizer Rechtslage als Rechtfertigung für ihr Handeln nutzen.

Eine Diskussion wird nicht gewünscht, keine weiteren Fragen.

Abstimmungsergebnis: 0 JA, 29 NEIN, 0 Enthaltungen

8. Verschiedenes und Umfrage

Die Kantonsrätin Sandra Reinhart aus Amriswil ist zur neuen Präsidentin der grünen Fraktion gewählt worden und löst Peter Dransfeld ab. Karin Bétrisey bleibt Vizepräsidentin der Grünen Fraktion. Die GRÜNEN freuen sich über die Wahl von Peter Dransfeld als Präsidenten des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins.

Die neue Homepage ist in den Startlöchern und sollte in zwei Wochen online sein.

Die Samentütchen, die Heidi Heine initiiert hat, sind gedruckt und bereits auf die Bezirke verteilt.

Der Flyer für 2xJa für die Pestizid- und Trinkwasserinitiative geht demnächst in Druck und wird dann an die Bezirke ausgeliefert.

Am 13. Juni findet in Arbon eine Tagung zum Thema Grüne Wirtschaft statt.

Der Fraktionsausflug ist am 7. Juli geplant.

Brigitta Engeli macht darauf aufmerksam, dass die öV-Automaten demnächst bargeldlos werden sollen. Sie findet das sehr problematisch, nicht nur für ältere Leute, sondern vor allem auch für Kinder.

Die Plakate für 2xJa sind bestellt und werden noch diese Woche ausgeliefert. Plakatieren ist dann ab 1. Mai möglich.

Auf Initiative der alliance f findet eine Frauensession statt. Man kann sich online sowohl als Wählerin als auch als Kandidatin registrieren lassen. Wir hoffen, dass viele mitmachen.

21.20h Ende der Jahresversammlung,

Die nächste Mitgliederversammlung: 26. August 2021, hoffentlich wieder live – dann im Bezirk Münchwilen.

Barbara Imholz, 5.5.2021